

## **Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan (45. Internationale Hochschulwoche)**

**Veranstalter:** Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing

**Datum, Ort:** 09.10.2006-13.10.2006, Tutzing

**Bericht von:** Jürgen Dinkel

Das Jahr 2006 stellt für Südosteuropa einen Zeitraum intensiver Transformation dar. Beispielsweise erklärte Montenegro sich am 03. Juni für unabhängig. Es laufen Statusverhandlungen über das Kosovo und in Bosnien-Herzegowina wird über eine neue Verfassung diskutiert, welche das Konstrukt von Dayton ablösen soll. Während Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 in die EU aufgenommen werden, ist die gleichzeitige Aufnahme Kroatiens abgelehnt worden. Aufgrund dieser wichtigen Weichenstellungen lud die Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing zur 45. Internationalen Hochschulwoche mit dem Thema: „Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan“ ein.<sup>1</sup>

Nach der Begrüßung durch Heinrich Oberreuter (Akademie für Politische Bildung) und Wolfgang Höpken (Südosteuropa-Gesellschaft) formulierten die beiden wissenschaftlichen Leiter der Tagung Christian Voss (Berlin) und Ulf Brunnbauer (Berlin) das Ziel der Hochschulwoche: Zum einen sollte eine Bilanz der bisherigen Entwicklung auf dem Westbalkan gezogen, und zum anderen, Perspektiven und Herausforderungen dieser Länder beleuchtet werden. Hierfür skizzierten beide zunächst vier auf dem Westbalkan ablaufende Transformationsprozesse: 1. Der Übergang von zentralistischen Staaten in pluralistische Demokratien, damit einhergehend der Aufbau einer Zivilgesellschaft. 2. Der Zerfall von Staatsgebilden und das nation-building neuer Staaten. 3. Der Wechsel von einer staatlich gelenkten Wirtschaft hin zur Marktwirtschaft. 4. Das Verschwinden einer Kriegs- und das Entstehen einer Friedensgesellschaft. Die dadurch erzeugten Inklusions- und Exklusionsdynamiken sollten anhand folgender der Tagung übergeordneter Fragestellungen analysiert werden:

<sup>1</sup> Der Begriff „Westbalkan“ ist problematisch. Ja nach Perspektive (geographisch, historisch oder politisch) verändert er Inhalt und Konnotation. Die meisten Beiträge bezogen sich auf die Gebiete des ehemaligen Jugoslawiens, Albanien und Griechenland.

Erstens, mit Hilfe welcher Parameter werden gerade neue Identitäten auf dem Westbalkan konstruiert? Anhand welcher Kriterien werden Menschen aus der Gesellschaft aus- respektive eingeschlossen? Welche Merkmale bestimmen den Zugang zu ökonomischem, sozialem oder kulturellem Kapital? Zweitens, wie lässt sich der Bedeutungswandel dieser Parameter und Identitäten historisieren? Wim van Meurs (München) ergänzte diesen Fragenkomplex, indem er nach der Rolle der EU in den Transformationsprozessen fragte.

Zur Beantwortung der Fragen hatten die Veranstalter zur interdisziplinären Zusammenarbeit aufgefordert und die Hochschulwoche inhaltlich in sechs Themenbereiche untergliedert: 1. Zivilgesellschaft. 2. Minderheiten und Mehrheiten. 3. Sprach- und Kulturpolitik. 4. Netzwerke, „Fremde“ und Transformation. 5. Geschichte und nation-building. 6. Erinnerung und Gewaltverarbeitung.

### 1. Zivilgesellschaft<sup>2</sup>

Den inhaltlichen Teil der Tagung eröffneten Nathalie Clayer (Paris), Gustav Auernheimer (Athen/Erlangen-Nürnberg) und Ana Devic (Aarhus). In ihren Vorträgen untersuchten sie, ob sich der Westbalkan auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft (ZG) befindet, und welche Herausforderungen diesen Prozess beeinflussen.

Fazit: Auf dem Westbalkan gestaltet sich der Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft schwierig. Dem Konzept der Zivilgesellschaft stehen folgende Faktoren entgegen: 1. Die Übernahme von Staatsaufgaben durch non-governmental organisations (NGO), beziehungsweise die Vereinhaltung von NGO's durch politische Akteure. 2. Enge Verflechtungen zwischen religiösen Gemeinschaften und politischen Instanzen. Wobei aber das Wirken von religiösen Netzwerken für den Aufbau einer ZG, als ambivalent zu bewerten ist. 3. Die Vernachlässigung von ländlichen Gebieten durch NGO's. 4. Fehlende ökonomische Mittel für Akteure der Zivilgesellschaft. 5. Hohes Prestige und gesellschaftlicher Einfluss von Armee und Kirche, vor allem unter Modernisierungsverlierern. Bisher sind weder staatliche Stellen, wirtschaftliche

<sup>2</sup> Die Redner bezogen sich in ihrer Definition von Zivilgesellschaft im wesentlichen auf das Konzept von J. Kocka. Das heißt, Zivilgesellschaft als (1.) Typ sozialen Handelns, (2.) Sphäre zwischen Staat, Wirtschaft und Privatssphäre, (3.) Projekt mit immer noch utopischen Zügen.

Vgl. Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, Manfred; Kocka, Jürgen [Hg.], Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt am Main 2000, S. 32.

---

Unternehmen oder Familienverbände dazu bereit, Verantwortung an die Sphäre der Zivilgesellschaft abzugeben, respektive Vertrauen in diese zu setzen. Traditionelle Dichotomien zwischen Staat und Bevölkerung oder Familie und Öffentlichkeit können nur langsam überwunden werden und verhindern so das Entstehen einer Zivilgesellschaft.

## 2. Minderheiten und Mehrheiten.

Stephan Lipsius (Kassel), Bernard Lory (Paris), Dane Taleski (Skopje) und Eben Friedman (Skopje) untersuchten, wie Minderheiten auf dem Westbalkan definiert werden und welche Staatsauffassungen/ Integrationskonzepte den Umgang mit Minderheiten bestimmen.

Fazit: Minderheiten werden häufig anhand ethnischer, religiöser oder sprachlicher Kriterien definiert. Dies zieht jedoch keineswegs immer eine offizielle Anerkennung als Minderheit, bzw. einen gesetzlichen Minderheitenschutz, wie das Beispiel der Roma zeigt, nach sich. In Makedonien bildet ein auf Ethnizität basierendes Nationenverständnis die Grundlage für die Ethnisierung ökonomischer oder sozialer Probleme, was eine starke ethnische Segregation der Gesellschaft zur Folge hat. Loyalität wird durch den Ausschluss anderer erkaufte und führt so zu Konflikten bei der Ressourcenverteilung. Ein positives Gegenbeispiel stellt die Politik Montenegros dar. Auf der Basis eines politischen, egalitären Staatsverständnisses bemühen sich die dortigen Politiker erfolgreich um eine Integration und Gleichberechtigung der Minderheiten. Die oben genannten Kriterien stellen dort nur schwache innergesellschaftliche Trennlinien mit wenig Konfliktpotential dar.

## 3. Sprach- und Kulturpolitik

Die Vorträge von Boris Neusius (München), Tanja Petrovic (Ljubljana) und Zuzana Finger (Berlin) strukturierten den dritten Panel der Hochschulwoche. Die Redner analysierten die Rolle der Sprache und Sprachpolitik für auf dem Westbalkan ablaufende Integrationsprozesse und die Wahrnehmung dieser Politik durch die „einfachen“ Bevölkerung. Fazit: Die Ausbildung einer Nationalsprache ist in Kroatien und Serbien hochgradig emotionalisiert und politisiert. Es kursieren in der Bevölkerung zwar Witze, satirische und ironische Anekdoten über bestimmte Versuche, kroatisch und serbisch voneinander abzugrenzen, gleichzeitig wächst aber ein Bewusstsein für die Wichtigkeit des richtigen Ausdrucks in einer bestimmten Situation. Sprache wird in beiden Ländern immer stärker als „Ressource“ wahrgenommen und für

Inklusions- bzw. Exklusionsprozesse instrumentalisiert. In gewisser Weise erfährt die von Nationalisten gesteuerte Sprachpolitik so eine Unterstützung durch die Mehrheitsgesellschaft. Im Gegensatz hierzu verzichten kosovarische Eliten bei ihren Autonomiebestrebungen auf den Versuch, eine kosovarische Nationalsprache zu konstruieren. Sprache ist jedoch auch im Kosovo ein wichtiger Faktor der Identitätsbildung bzw. Grundlage für territoriale Ansprüche.

## 4. Netzwerke, „Fremde“ und Transformation

Der vierte Hochschultag begann mit Vorträgen von Rozita Dimova (Berlin), Armanda Hysa (Tirana) und Lidija Stojanovic Lafazanovska (Skopje). Sie untersuchten, wie einzelne gesellschaftliche Gruppen auf die gegenwärtigen Transformationsprozesse reagieren.

Fazit: Urbanisierung (Tirana), Migration und soziale Umstrukturierung (sozialer Aufstieg von Albanern in Makedonien) sind einige der Transformationsfolgen, die in diesem Panel untersucht wurden. Hierbei zeigte sich, dass politische Partizipation ein großes Integrationspotential aufweist. Differenziert muss hingegen eine Betonung von regionaler Identität oder die Bildung von sozialen Netzwerken gesehen werden. Einerseits können beide beispielsweise ethnische oder sprachliche Kategorien unterlaufen, beziehungsweise helfen sie den Mitgliedern im Umgang mit den Folgen der Modernisierung. Andererseits bilden sich viele Netzwerke entlang ethnischer Grenzen. Das Gefühl, Verlierer der Transformationsprozesse zu sein, respektive die Erfahrung der „Fremde“ von Migrant\*innen, prägt zwei Verhaltensweisen, die einer vollständigen gesellschaftlichen Integration im Wege stehen und der Zivilgesellschaft, sowie dem Staat das nötige Vertrauen entziehen: Einerseits eine Abschottung der eigenen Gruppe nach Außen, andererseits ein Zusammenrücken beziehungsweise „Verwandtschaftlichung“ innerhalb der eigenen Gruppe.

## 5. Geschichte und nation-building

Pedrag Markovic (Belgrad), Robert Pichler (Graz), Enver Hoxhaj (Priština) und Sabina Ferhadbegovic (Stuttgart) sprachen über den Prozess des nation-building im ehemaligen Jugoslawien. Ein besonderer Focus lag hierbei auf der Rolle von Historikern und der Geschichtsschreibung in den jeweiligen Ländern.

Fazit: Im Kosovo ist bisher keine sich als Einheit empfindende Gesellschaft entstanden. Bei den zukünftigen Statusverhandlungen wird viel davon

abhängen, ob sich das Konzept der Ethnizität oder des Citizenship als Basismodell gesellschaftlicher Integration durchsetzt. Bei der Wahl des Konzeptes und der Legitimation des jeweiligen Nationalstaates spielen Historiker und der Umgang mit der eigenen Geschichte eine bedeutende Rolle. Geschichtsschreibung dient in Albanien und Bosnien-Herzegowina nicht nur der Grenzziehung im territorialen oder nationalen Zugehörigkeitsbereich, sie verdrängt zudem Minderheiten aus offiziellen Darstellungen, erklärt die Errichtung eines Nationalstaates zum erstrebenswerten Ziel oder „beweist“ die Konfliktfähigkeit von interethnischem Zusammenleben. In diesem Sinne ist die offizielle Nationalgeschichte extrem ein- bzw. ausschließend. Versuche einer alternativen Historiographie seitens der EU oder durch jüngere Historiker erweisen sich als schwer umsetzbar. Genauso schwer, aber möglich scheint eine positivere Positionierung des Balkans auf der mentalen Karte Europas.<sup>3</sup>

#### 6. Erinnerung und Gewaltverarbeitung

Den letzten Panel der Tagung gestalteten Hannes Grandits (Graz) und Ruth Seifert (Regensburg). Sie fragten nach den Gründen für die mangelnde Eigenverantwortung und den langsamen Versöhnungsprozess in Bosnien-Herzegowina und wie der Vorkriegszustand im Kosovo erinnert wird. Fazit: Sich nicht wieder einstellender Wohlstand führt in Bosnien zu einer tief verankerten Skepsis gegenüber den ablaufenden Transformationsprozessen. Eine Konsequenz dieser Verunsicherung ist das Erstarken von ethnischen Parteien und Netzwerken, welche dem jeweiligen Adressaten eine gewisse Sicherheit versprechen. Insgesamt führt diese Entwicklung aber zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft. Einen anderen Faktor für den Bedeutungszuwachs von Ethnizität sieht Seifert im Eingreifen der internationalen Gemeinschaft in den Kosovo-Krieg. Anhand von Interviews mit Albanern im Kosovo kam sie zu dem Fazit, dass es dort eine Basis für ein multiethnisches Kosovo gegeben habe und erst die Erwartungen von Außen die heutige Bedeutung von Ethnizität evoziert hätten. Diese Sichtweise blieb aufgrund ihrer einseitigen Quellenlage jedoch nicht ohne Kritik.

Neben den interessanten und qualifizierten Vorträgen war die ausgezeichnete Organisation, Betreuung und angenehme Atmosphäre ein wesentlicher Faktor für den Erfolg dieser Tagung, deren

Ergebnisse Brunnbauer wie folgt treffend zusammenfasste:

Die intellektuellen und politischen Eliten auf dem Westbalkan sehen in der Errichtung von Staaten die Lösung aller - durch die anfangs erwähnten Transformationsprozesse erzeugten - Probleme. Anstelle von Staaten (Montenegro), streben die übrigen Länder die Errichtung von Nationalstaaten an. Eng verbunden mit dieser Entwicklung, ist die Aufwertung derjenigen Kriterien (Ethnizität, Sprache, Religion, Geschichte), welche die Nation definieren und den eigenen Nationalstaat legitimieren sollen. Die so geschaffenen oder verfestigten Inklusions- und Exklusionsdynamiken erzeugen Probleme, die vorhandene ökonomische und soziale Missstände weiter verkomplizieren. Der Konstruktion von Nationalidentitäten ist der Ausschluss von Fremden inhärent. Die Desintegration von Minderheiten oder eine nationalistische Geschichtsschreibung sind hierbei sowohl Ursachen als auch Symptome dieser Entwicklung. Die verunsicherte Bevölkerung setzt ihr Vertrauen entweder in familiäre bzw. ethnische Netzwerke oder fordert vom Staat die Übernahme von Verantwortung im ökonomischen oder sozialen Bereich. In beiden Fällen werden innergesellschaftliche Trennlinien verfestigt und die Herausbildung einer Zivilgesellschaft erschwert. In der Tradition des starken Staates erwarten viele Südosteuropäer durch den EU-Beitritt die finale Inklusion in eine Sicherheit und Wohlstand garantierende Institution. Gleichzeitig erzeugen die von der EU angedeuteten unterschiedlichen Aufnahmetermine Exklusionsmechanismen zwischen den einzelnen Ländern. Es ist sowohl Aufgabe der EU als auch der verantwortlichen Politiker vor Ort, solchen Illusionen oder verzerrten Wahrnehmungen entgegenzutreten. Gemeinsam sollten beide Parteien an der Dekonstruktion der den vorhandenen Nationalismus legitimierenden Parameter arbeiten. Dies bedeutet nicht, Unterschiede zu leugnen, sondern die Wandelbarkeit von Identitätsmerkmalen aufzuzeigen. An diesem Perspektivenwechsel müssen aber noch alle Mitglieder der EU arbeiten.

Tagungsbericht *Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan (45. Internationale Hochschulwoche)*. 09.10.2006-13.10.2006, Tutzing. In: H-Soz-u-Kult 14.11.2006.

---

<sup>3</sup> Vgl. Brunnbauer, Ulf, (Re)writing history. Historiography in Southeast Europe after socialism, Münster 2004.